



Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns

Landesgeschäftsstelle
Gostenhofer Hauptstr. 63
90443 Nürnberg

Tel.: (0911) 92 31 89-90
Fax: (0911) 92 31 89-92
Email: agaby@web.de
Internet: www.agaby.de

Nürnberg, den 4. März 2007

Pressemitteilung

CSU glänzte mit Abwesenheit beim Zukunftsthema Integration

Auf Einladung des „Bayerischen Seminars für Politik e.V.“, des Ausländerbeirates München und der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns trafen sich Mitglieder kommunaler Migrantenvertretungen aus ganz Bayern in Bernried am Starnberger See um über das Thema „Partizipation für Integration“ zu sprechen. Sie tauschten sich aus und diskutierten mit Rainer Volkmann, dem migrationspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Christine Kamm, der kommunalpolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion Die Grünen und Heidi Langguth, der stellvertretenden Vorsitzenden des DGB Bayerns.

„Wir hoffen, dass die Abwesenheit eines Vertreters der CSU-Landtagsfraktion nur organisatorisch bedingt ist.“, so die Vorsitzende der AGABY, Mitra Sharifi. Neben den Erfolgschancen für einen erneuten Versuch, das kommunale Wahlrecht für alle Bewohner einzurichten, wurde auch die erleichterte Einbürgerung und großzügige Hinnahme von Doppelstaatlichkeit angemahnt, damit „die Kluft zwischen dem Wahlvolk und der Wohnbevölkerung“, wie dies das Bundesverfassungsgericht verlangt hat, effizient aufgehoben wird. Man hält jedoch Partizipationsmöglichkeiten unterhalb des offiziellen Wahlrechtes, wie sie im Moment von Beiräten wahrgenommen werden, für wichtig. Die engere Zusammenarbeit mit Verwaltung und Vernetzung anderer Akteure bei der Erstellung und Umsetzung kommunaler Integrationsstrategien und –maßnahmen einerseits, aber auch eine verstärkte Vertretung spezifischer Interessen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und Antidiskriminierungsarbeit andererseits wurden als wichtige Schwerpunkte der Arbeit von Beiräten diskutiert und von den Podiumsteilnehmern gefordert. Für Rainer Volkmann ist eine wirksame politische Vertretung durch Migrantenvertretungen notwendig. „Wer Steuern zahlt muss auch mitreden dürfen.“ Er verwies dabei auf den Slogan des amerikanischen Freiheitskampfes „No taxation without representation“.

Eine Absage erteilten die Migrantenvertreter auch an die neue Initiative Bayerns für die Innenministerkonferenz, das Staatsbürgerschaftsrecht weiter zu verschärfen.

Zum Thema Bleiberechtsregelung forderten die Teilnehmer der Veranstaltung Minister Beckstein auf, die vom Bund geplante Regelung nicht zu verschärfen. Diese Regelung ist keinesfalls zu großzügig. „Im Gegenteil, für eine humanitäre und politisch notwendige Regelung, die den Menschen, die seit Jahren in einer unerträglichen, unsicheren Situation leben, die Chance gibt, ihr Leben auch im Sinne der Integration und im Interesse des Landes zu gestalten, bräuchten wir eine großzügigere und human angemessene Regelung“, so Mitra Sharifi, Vorsitzende der AGABY.

Kontakt:

Mitra Sharifi

Vorsitzende der AGABY

Tel.: 0171 / 4175862